



Bündnis für moderne Mobilität - Arbeitsergebnisse

In einem vorherigen Beitrag berichteten wir über den Abschluss des Bündnisses für moderne Mobilität. Daraus gingen am 18.11.2020 erste Ergebnisse hervor. Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) Ralph Spiegler begrüßte im Rahmen einer Diskussionsrunde mit dem Bundesverkehrsminister, der Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz und weiteren Vertretern der kommunalen Spitzenverbände die zusätzlichen Mittel des Bundes für den Radverkehr, den ÖPNV-Ausbau sowie die Verbreitung alternativer Antriebe. Gleichzeitig forderte Spiegler mehr kommunale Gestaltungsmöglichkeiten für die Verkehrswende, etwa bei Regeln zur Geschwindigkeit und für zeitgemäßes Parkraummanagement.

Im Rahmen der jährlichen Diskussionsrunde des Bündnisses mit Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur), Anke Rehlinger (Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes und Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz) und weiteren Vertretern der kommunalen Spitzenverbände stellte DStGB-Präsident Ralph Spiegler die Ergebnisse vor.

Spiegler forderte im Rahmen der Diskussion Bund und Länder eindringlich auf, endlich einen Kompromiss für einen zeitgemäßen und ausgewogenen Bußgeldkatalog zu finden. Nach der Rückkehr zum alten Bußgeldkatalog aufgrund eines Formfehlers der letzten StVO-Novelle besteht dringender Handlungsbedarf, um die Verkehrssicherheit auf den Straßen zu verbessern.

Arbeitsgruppen haben Handlungsvorschläge für die Verkehrswende entwickelt

Vor einem Jahr wurde das Bündnis für moderne Mobilität zwischen Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufen. Durch eine engere Abstimmung zwischen den Ebenen sollen unter anderem gestiegene Fördermittel des Bundes zielgerichtet an die Kommunen fließen, der Austausch über nachhaltige Mobilitätslösungen verstärkt und Wege zu besseren Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen für die Verkehrswende identifiziert werden.

In den sechs Arbeitsgruppen zu den Themen „Vision Zero“, „Parken“, „Geschwindigkeit“, „Radverkehr“, „Digitale Vernetzung“ sowie „Ausbau von Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe“ haben Vertreter der Verkehrsministerien von Bund und Ländern sowie die kommunalen Spitzenverbände folgende Handlungsvorschläge entwickelt. Der DStGB war in die Arbeitsgruppen eingebunden und hatte selbst die Arbeitsgruppe „Parken“ federführend geleitet.

Themenfeld: Vision Zero

- Unter dem Dach der gemeinsamen Strategie für die Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland 2021 - 2030 („Pakt für Verkehrssicherheit“) und dem Leitbild „Sichere Mobilität – jeder trägt Verantwortung, alle machen mit“ sollen alle Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit ihre Anstrengungen für ein gemeinsames Ziel bündeln. (Beschluss VMK Oktober 2020)

- Im Bündnis wird ein gemeinsamer Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen vollzogen: Die kommunalen Spitzenverbände bekennen sich ebenfalls zum „Pakt für Verkehrssicherheit“.

Themenfeld: Radverkehr

- Mit den zusätzlichen Förderprogrammen für den Radverkehr im Sonderprogramm „Stadt und Land“ (Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder für Investitionen in den Radverkehr) werden die Voraussetzungen eine flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur deutlich verbessert.
- Aufgrund des Ausbaubedarfs, des Investitionsrückstands und des kurzen Förderzeitraumes ist frühzeitig eine finanzielle Perspektive für weitere Investitionen in die Radinfrastruktur nach 2023 zu schaffen.
- Förderbedingungen für Radschnellwege und Radwege sind stärker auf die jeweiligen Bedarfe ausdifferenzieren.
- Zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss ein zeitnaher koordinierender Austausch zur Fortführung und Weiterentwicklung von Fahrradakademie/Fahrradportal stattfinden.
- Die Sicherheit des Radverkehrs muss auch im Mischverkehr auf Straßen ohne gesondert geführte Radverkehrsanlagen weiter verbessert werden.
- Zu prüfen sind Verbesserungen des Rechtsrahmens für umweltfreundliche Verkehrsarten, insbesondere den Fuß- und Radverkehr (innerhalb oder außerhalb von StVG/StVO).

Themenfeld: Geschwindigkeit

- Es soll geprüft werden, ob neben der Verkehrssicherheit auch die Ziele Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Verbesserung der Lebensqualität im Rechtsrahmen besser Berücksichtigung finden können.
- Beim Thema Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen befindet sich das Bündnis weiterhin in der Diskussion.

Themenfeld: Parken

- Eines der ersten Ergebnisse des Bündnisses ist die Ergänzung des § 6a Absatz 5a StVG. Durch diese Vorschrift sind die Länder ermächtigt worden, eigene Gebührenordnungen für Bewohnerparkausweise zu erlassen und damit die zu geringe Gebühr der GebOST zu ersetzen. Die Länder werden daher adressiert, die Ermächtigung an die Kommunen zu delegieren, wenn nicht ausdrücklich von den Kommunen eine landesweite Gebührenordnung für Bewohnerparkausweise gewünscht wird.
- In Wohnstraßen und Zentren findet der Lieferverkehr vielerorts keine Halteflächen. Vorgeschlagen wird, die Anordnung von Zeichen 286 StVO (eingeschränktes Haltverbot) mit Zusatzzeichen 1012-30 (Ladezone) in regelmäßigen Abständen zu forcieren und, wo nötig, ein neues Zeichen „Lieferzone“ mit Zeichen 283 StVO (absolutes Haltverbot) zur Kennzeichnung von exklusiven Ladebereichen für Lieferverkehr zu ermöglichen. Dazu kann auch ein neues Verkehrszeichen „Lieferzone“ in Analogie zum Zeichen „Taxenstand“ (Zeichen 229 StVO) in der StVO zur Kennzeichnung exklusiver Ladebereiche für den Lieferverkehr dienen, soweit dies rechtlich zulässig ist.
- Den Kommunen fehlt bislang ein wirksames Steuerungsinstrument, um das Abstellen von stationslosen Mieträdern und Miet-Elektrokleinstfahrzeugen im öffentlichen Stra-

ßenraum wirksam zu regeln. Vorgeschlagen wird, die notwendige Steuerung des gewerblichen Abstellens der Fahrräder bzw. Kleinstfahrzeuge durch eine Ergänzung des § 29 StVO (Übermäßige Straßenbenutzung) abzubilden.

Themenfeld: Ausbau Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe

- Personal und Fachexpertise sind beim Aufbau von Ladeinfrastruktur vor Ort essentiell. In diesem Zusammenhang wird eine E-Learning Plattform als niederschwelliges Schulungsangebot für die Kommunen aufgebaut.
- Gleichzeitig wird geprüft, ob die Kommunen in Form einer Personalförderung (Elektromobilitätsmanagement) bei der Planung und Realisierung von Ladeinfrastruktur unterstützt werden können.
- Mit dem Aufbau einer Webapplikation für Liegenschaftsmeldungen werden potentielle Liegenschaften gesammelt und für Investoren sichtbar im Sinne des Ladeinfrastrukturaufbaus dargestellt. Über dieses Flächentool können Investoren und Flächeneigentümer zusammenfinden.
- Über die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur wird eine Handlungsempfehlung zur Optimierung des Rechtsrahmens Elektromobilität erarbeitet.

Themenfeld: Digitale Vernetzung

- Für eine leistungsstarke Intermodalität sind Doppelstrukturen zu vermeiden, die Schaffung innovationsfördernder, einheitlicher Rahmenbedingungen und Vernetzungsinitiativen für Mobilitätsdaten zu forcieren.
- Gegenüber der VMK hat das BMVI im März 2020 darauf hingewiesen, dass es sich der Thematik der sinnvollen Nutzung von Mobilitätsdaten annimmt, um Entwicklungspotenziale innovativer und intermodaler Mobilitätsdienste zu befördern.
- Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, gemeinsam ein attraktives Mobilitätsdatenökosystem zu gestalten.

Weitere Themen:

- Mit Initiativen zur „Vereinfachung von Förderprozessen“ und zur „digitalen Vernetzung im öffentlichen Personenverkehr“ wurden im Rahmen des Bündnisses für moderne Mobilität weitere Themen angestoßen.
- Im Weiteren wird auch auf das vom BMI verantwortete „Modellvorhaben zur Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (MogLeb) hingewiesen. Das MogLeb passt sich in das vom BMVI begründete „Bündnis für moderne Mobilität“ sowie das „Nationale Kompetenznetzwerk für nachhaltige Mobilität“ (NaKoMo) ein und deckt dabei insbesondere den Bereich der Mobilität in den ländlichen Räumen ab.
- Das neue Dialog-Forum „Gemeinsam für einen starken ÖPNV“ ist eine Initiative des Bundes für eine aktivere Rolle bei der Überwindung der Corona-Pandemie im ÖPNV.

(Quelle: DStGB-Aktuell 4720-10)

gr-ru